



Leseprobe aus Butterwegge, Deutschland im Krisenmodus,
ISBN 978-3-7799-8241-8 © 2024 Beltz Juventa in der
Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-8241-8](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-8241-8)

Inhalt

Einleitung	7
1 Wirtschaftliche, soziale und politische Verwerfungen durch die Covid-19-Pandemie	9
1.1 Ökonomische und soziale Ungleichheit vor Beginn der Pandemie	10
1.2 Ungleichheit in der und durch die Pandemie	22
1.3 Die politische Zerrissenheit einer zutiefst verunsicherten Republik	51
2 Auswirkungen der Pandemie auf die Geschlechter, die Generationen und ihr Verhältnis zueinander	79
2.1 Das erschöpfte Geschlecht: Frauen und Mütter im Ausnahmezustand	80
2.2 Senior(inn)en als besonders gefährdete, aber schlecht geschützte Bevölkerungsgruppe	82
2.3 Mangelt es an Generationengerechtigkeit oder sind Jugendliche politische Sündenböcke?	88
2.4 Lehrkräfte, Schüler/innen und Familien am Limit: Bildungsbe(nach)teiligung während der Pandemie	93
2.5 Was die Pandemie hinterließ: Kinder der Ungleichheit in einer zerklüfteten Gesellschaft	111
3. Die polarisierende Wirkung der nächsten Krisen und Kriege	127
3.1 Ukrainekrieg und Nahostkonflikt als deutsche Konfliktherde	128
3.2 Energiepreisexplosion und Inflation: Arme im Ausnahmezustand – Mittelschicht unter Druck	152

3.3	Koalitionsstreitigkeiten um die Kindergrund- sicherung als Vorboten einer sozialpolitischen Zeitenwende?	170
3.4	Die zunehmende Erderwärmung, Debatten um das „Heizungsgesetz“ und die nötige Klimawende	185
3.5	Auf dem Rücken von Unterprivilegierten: Konsolidierungsmaßnahmen der Ampelkoalition in der Haushaltskrise	191
3.6	Deutschlands gesellschaftliche Entwicklungs- alternativen: Rüstungs- oder Sozialstaat	199
4.	Lehren aus den schweren Krisen: Umbrüche als Bewährungsproben des Wohlfahrtsstaates und als Chancen für eine sozialökologische Transformation	203
4.1	Ungleichheit, Krisendesaster und gesellschaftlicher Zusammenhalt	204
4.2	Möglichkeiten zur Krisenbewältigung im deutschen Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitswesen	212
4.3	Rufe nach einem „Systemwechsel“ im Rahmen des Kapitalismus: Das bedingungslose Grundeinkommen als ideales Sozialsystem für Krisenzeiten?	225
4.3	Argumente für einen inklusiven Sozialstaat, eine öffentliche Investitionsoffensive und ein gerechtes Steuersystem	232
	Abkürzungsverzeichnis	247
	Quellen- und Literaturverzeichnis	251

Einleitung

Das vorliegende Buch ist eine Neuauflage meiner Publikation „Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona“, deren Aktualisierung und Überarbeitung erforderlich waren, weil nach der Coronakrise mit dem Ukrainekrieg, der Energiepreisexlosion und der Inflation andere Krisenerscheinungen zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Ungleichheit geführt hatten, die ich schlecht ignorieren konnte. Schließlich wurde „Krisenmodus“ von der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) nicht ohne triftigen Grund zum Wort des Jahres 2023 gekürt, hatte sich die Bundesrepublik wegen der globalen Banken- und Finanzkrise, der damit verknüpften Weltwirtschaftskrise sowie der sich ebenfalls direkt anschließenden Eurokrise bei den im Kapitalismus zyklisch auftretenden Konjunkturkrisen und einer drohenden Klimakatastrophe doch fast zeitgleich mehreren ernststen Herausforderungen zu stellen.

Um die weitere Entwicklung und ihre gravierenden Konsequenzen für die Gesellschaftsentwicklung berücksichtigen zu können, ohne den vorgegebenen Rahmen zu sprengen, mussten der Rückblick auf frühere Seuchen sowie die Darstellung des Krankheitsgeschehens und der staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen entfallen. Heute stellt sich eher die Frage, ob der nach Ausbruch des Ukrainekrieges erklärten außen-, energie- und militärpolitischen „Zeitenwende“ eine sozialpolitische Zeitenwende folgt, wodurch sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertiefen würde.

Ob sich die soziale Ungleichheit während der Covid-19-Pandemie durch das Infektionsgeschehen selbst, die ökonomischen Folgen der Schutzmaßnahmen sowie die Hilfsprogramme, „Rettungsschirme“ und Finanzhilfen des Staates vergrößert oder verringert hat, wird im ersten Kapitel des Buches analysiert. Danach werden die Auswirkungen der Coronakrise auf die Generationen und die Geschlechter bzw. ihr Verhältnis zueinander untersucht.

Gefragt wird, in welche Richtung sich die deutsche Gesellschaft während der pandemischen Ausnahmesituation entwickelt hat, wobei der Schwerpunkt auf dem neben der Gesundheit gerade für junge Menschen entscheidenden Bildungsbereich liegt.

Ähnlich kontrovers wie die Debatten über die Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesregierung, den mehrfachen Lockdown und das Impfen gegen SARS-CoV-2 verliefen hierzulande Diskussionen über die beiden parallel stattfindenden Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten. Im dritten Kapitel geht es um deren Auswirkungen auf das Leben in der Bundesrepublik, die Energiepreisexplosion und die Inflation, die Kindergrundsicherung als möglichen Vorboten einer sozialpolitischen Zeitenwende, die „Haushaltskrise“ der Ampelkoalition sowie die Folgen der von ihr beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen.

Im abschließenden Kapitel werden die Konsequenzen für den Wohlfahrts- und den Steuerstaat behandelt: Letztlich erscheinen die sich häufenden und teilweise überlappenden Krisen als Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch als Bewährungsproben und Chancen für eine Wiederbelebung des Sozialen, die genutzt werden müssen, wenn die schmerzlichen Umbrucherfahrungen der jüngsten Vergangenheit etwas Positives haben sollen.

Köln, im Frühjahr 2024

Christoph Butterwegge

1 Wirtschaftliche, soziale und politische Verwerfungen durch die Covid-19-Pandemie

Krisen, Verteidigungskriege und Naturkatastrophen stärken Kollektive oft, weil sie deren Bewusstsein für gemeinsame Problemlösungen schärfen. Die jüngste Pandemie hat Deutschland aber nicht, wie man hätte vermuten können, zusammengeschweißt und im Rahmen einer jahrelangen Abwehrschlacht gegen das neuartige Coronavirus zu einer großen Solidargemeinschaft seiner Bewohner/innen vereint, sondern war ein ausgesprochen polarisierendes Ereignis, und zwar in jeglicher Hinsicht: Ökonomisch, sozial und politisch driftete die Bundesrepublik noch mehr auseinander, als dies auch zuvor schon der Fall gewesen ist. Werner Bruns (2022, S. 150) wäht die Bundesrepublik nach der Vereinigung, der „Flüchtlingskrise“ und dem wiederholten Lockdown sogar auf dem Weg in eine chronische Anomie: „Dieser Prozess erzeugt eine soziale Desintegration und Ungleichheit in Deutschland, in die immer mehr auch die Mittelschicht mit einbezogen wird; dies vor allem durch die Insolvenzen vieler kleiner und mittlerer Unternehmen.“

Zwar hat die historische Ausnahmesituation der von zahlreichen Verwerfungen begleiteten Covid-19-Pandemie das Phänomen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheit nicht hervorgebracht, aber sehr viel deutlicher sichtbar gemacht, um neue Facetten ergänzt und weiter verschärft. Die epidemische Notlage förderte hierzulande einen zahlreiche Lebensbereiche erfassenden Polarisierungsprozess, der tiefe Gräben zwischen den Bevölkerungsschichten erkennen ließ. Weil die Coronakrise ein sozioökonomischer und politisch-ideologischer Spaltpilz war, legte sie auch lange verschüttete Klassenstrukturen der Gesellschaft offen.

1.1 Ökonomische und soziale Ungleichheit vor Beginn der Pandemie

Die internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam (2022, S. 7) spricht mit Blick auf den Gegenwartskapitalismus von einem „System struktureller wirtschaftlicher Gewalt“, das in Armut lebende Menschen, Frauen und Mädchen sowie von Rassismus betroffene Personen(gruppen) besonders stark benachteiligt: „Strukturelle wirtschaftliche Gewalt entsteht nicht zufällig, sondern ist integraler Bestandteil der Art und Weise, wie unser Wirtschaftssystem und unsere Gesellschaften derzeit funktionieren. Sie gründet in der ungleichen Verfügungsmacht über gesellschaftliche Ressourcen, materialisiert sich in extremen Einkommens- und Vermögensunterschieden und verfestigt sich durch politische Entscheidungen, auf die wenige sehr wohlhabende Menschen und Konzerne einen weitaus größeren Einfluss haben als die große Mehrheit.“

Schon vor der Covid-19-Pandemie war die ökonomische, soziale und politische Zerrissenheit der Republik viel stärker ausgeprägt, als es das überkommene Selbstverständnis einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) oder das von CDU und CSU seit der ersten Bundestagswahl im September 1949 den Bürger(inne)n mehrfach gegebene Wahlversprechen einer „Sozialen Marktwirtschaft“ hätten vermuten lassen. Hier wird sie jedoch nicht – wie von Hans-Joachim Maaz (2020) in seinem Buch „Das gesplante Land“ – aus medizinischer oder psychoanalytischer Sicht als pathologischer Befund einer „normopathischen Demokratie“, sondern als Resultat der politischen Ökonomie des Finanzmarktkapitalismus interpretiert.

Um das Ausmaß der sozioökonomischen Spaltung, die eine Gesellschaft innerlich zerreißen kann, zu ermitteln, muss man einerseits den Anteil der (Einkommens-)Armen an der Gesamtbevölkerung und andererseits die Konzentration des privaten (Vermögens-)Reichtums erfassen. Einkommen und Vermögen haben sich insbesondere seit der Jahrtausendwende auseinanderentwickelt (vgl. hierzu: Butterwegge 2020, S. 217 ff.).

Die relative Armut befindet sich auf Rekordniveau und absolute Armut gibt es auch in Deutschland

Differenziert wird zwischen absoluter, extremer oder existenzieller Armut einerseits sowie relativer Armut andererseits. Nach dieser sinnvollen Unterscheidung ist absolut, extrem oder existenziell arm, wer seine Grundbedürfnisse nicht zu befriedigen vermag, also nicht genug zu essen, kein sicheres Trinkwasser, keine den klimatischen Verhältnissen angemessene Kleidung, kein Obdach und/oder keine medizinische Grundversorgung hat. Relativ arm ist hingegen, wer zwar seine Grundbedürfnisse befriedigen, sich aber vieles von dem nicht leisten kann, was für die allermeisten Gesellschaftsmitglieder als normal gilt, also beispielsweise nicht ab und zu ins Restaurant, ins Kino oder ins Theater gehen kann. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von mangelnder sozialer, kultureller und politischer Teilhabe (vgl. hierzu ausführlicher: Butterwege 2021a, S. 8 ff.).

Für manche Beobachter existiert „wirkliche“ Armut ausschließlich in Staaten wie Burkina Faso, Bangladesch oder Mosambik, aber nicht in der Bundesrepublik. Während niemand bezweifelt, dass es im globalen Süden extreme Armut gibt, wird seit vielen Jahrzehnten mit Verve darüber gestritten, ob sie auch hierzulande grassiert. Für die politisch Verantwortlichen wirkt es natürlich beruhigend und sie selbst entlastend, wenn das Phänomen ausschließlich in Entwicklungsländern verortet wird. Realitätssinn beweist man aber nicht durch die Ignoranz gegenüber einem sozialen Problem, das in wirtschaftlichen Krisen, Katastrophen wie einer Pandemie und gesellschaftlichen Umbruchsituationen besonders krass zutage tritt.

Hierzulande manifestiert sich absolute Armut hauptsächlich in Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Wohnungslos sind Menschen, die weder über selbstgenutztes Wohneigentum noch über ein Mietverhältnis verfügen und deshalb in Notunterkünften leben oder bei Freunden und Bekannten unterschlüpfen. Obdachlos sind Menschen, die auf der Straße leben und auf Parkbänken nächtigen. Wohnungs- und Obdachlose, total verelendete Drogenabhängige, „Straßenkinder“, bei denen es sich meist um obdachlose

Jugendliche handelt, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, EU-Ausländer/innen ohne Sozialleistungsansprüche und „Illegale“, die man besser als illegalisierte Migrant(inn)en bezeichnet, gehören zu den Hauptbetroffenen von absoluter, extremer bzw. existenzieller Armut.

Nach einem deutlichen Rückgang während der 1990er-Jahre gab es 2014 in Deutschland ca. 335.000 Wohnungslose, vier Jahre später hatte sich ihre Zahl bereits verdoppelt. Für 2018 lag die Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, dem Dachverband der Initiativen im Bereich der Obdach- und Wohnungslosenhilfe, welchem mangels offizieller und exakter Daten auch die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung vertrauen, bei 678.000 Wohnungslosen, darunter 441.000 anerkannten Flüchtlingen. 41.000 Menschen, darunter in manchen Großstädten fast die Hälfte osteuropäische EU-Bürger/innen, lebten im Jahr 2018 auf der Straße. Auch unter den Betroffenen mit deutschem Pass befanden sich immer weniger Berber oder Trebegänger, wie die „klassischen“ Obdachlosen genannt wurden. Gestiegen ist zuletzt die Zahl der Mittelschichtangehörigen, von Freiberufler(inne)n, Soloselbstständigen und gescheiterten Existenzgründer(inne)n, die auf der Straße landen.

Als von (relativer) Armut gefährdet gilt laut einer EU-Konvention, wer in deren Mitgliedstaaten weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Reich wiederum ist, wer ein großes Vermögen besitzt, über das Arme, Armutsbedrohte und viele Normalverdiener/innen gar nicht verfügen – höchstens in dessen negativer Form: Schulden. Nach den Maßstäben der Europäischen Union galten im Jahr 2019 hierzulande über 13,2 Millionen Menschen als von (relativer) Armut betroffen oder bedroht. Sie hatten weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung, was für Alleinstehende 1.074 Euro im Monat entsprach. Unberücksichtigt bleiben hierbei sowohl die Quellen (Kapital, Lohnarbeit und Grundeigentum) wie auch die Qualität der jeweiligen Einkommen, was den Bochumer Sozialwissenschaftlern Renate Dillmann und Arian Schiffer-Nasserie (2018, S. 29) als wesentlicher Mangel der Einkommensstatistik erscheint: „Der ökonomische Zusammenhang

zwischen der Einkommensart und der Einkommenshöhe ist kategorisch ausgeschlossen und der Gegensatz der Einkommensquellen zum quantitativen *Unterschied* vermeintlich qualitativ gleicher ‚Einkommensbezieher‘ verharmlost.“

Mit 15,9 Prozent erreichte die Armuts(gefährdungs)quote damals einen Rekordstand im vereinten Deutschland. Die höchsten Armutsrisiken wiesen Erwerbslose (57,9 Prozent), Alleinerziehende (42,7 Prozent) und Nichtdeutsche (35,2 Prozent) auf. Kinder, Jugendliche und Heranwachsende waren ebenfalls stark betroffen, während das Armutsrisiko der Senior(inn)en seit geraumer Zeit am stärksten zunimmt. „Kinder- und Altersarmut sind in der Berliner Republik ein immer drängenderes soziales Problem.“ (Bischoff/Müller 2019, S. 54)

Während junge Menschen manchmal jahrzehntelang im Bereich des Wohnens, der Gesundheit und der Freizeitgestaltung sowie von Bildung und Kultur benachteiligt sind (vgl. hierzu: Butterwegge/Butterwegge 2021, S. 105 ff.), wird Senior(inn)en der Lohn für ihre Lebensleistung vorenthalten. Angehörige dieser Altersgruppe laufen überdies Gefahr, wegen des sinkenden Rentenniveaus und der mehr als bescheidenen Grundsicherungsleistungen bis zu ihrem Tod sozial ausgegrenzt zu werden, einsam oder isoliert zu bleiben. Während ihre Einkünfte tendenziell sinken, nehmen die finanziellen Belastungen durch medizinische und Pflegeleistungen, die sie im Greisenalter häufiger in Anspruch nehmen müssen, eher zu (vgl. hierzu: Butterwegge/Bosbach/Birkwald 2012).

Seit die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 1. Januar 2003 eingeführt wurde, hat sich die Zahl der älteren Menschen, die auf sie angewiesen sind, trotz einer strengen Bedürftigkeitsprüfung mehr als verdoppelt. Ende 2018 waren es neben 515.000 dauerhaft voll Erwerbsgeminderten, die als Menschen mit schweren Behinderungen ein sehr hohes Armutsrisiko haben, bereits 559.000 Senior(inn)en, die Leistungen nach dem SGB XII erhielten. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass sich ältere Menschen damit schwertun, diese Transferleistung – früher hieß sie Fürsorge bzw. Sozialhilfe – überhaupt zu beantragen, weil sie den bürokratischen Aufwand scheuen oder weil sie irrtümlicherweise den (bis zu einem Jahreseinkommen in Höhe von 100.000

Euro ausgeschlossenen) Unterhaltsrückgriff auf ihre Kinder bzw. sogar auf ihre Enkel fürchten. Kein Wunder also, dass es im Dezember 2019 bereits nicht weniger als 1.129.832 Ruheständler/-innen gab, die einen Minijob hatten, darunter 199.494 Männer und Frauen, die 75 Jahre oder älter waren!

Lohn- und Kapitaleinkünfte driften bereits seit der Vereinigung von BRD und DDR immer stärker auseinander. Die hohen Zuwachsraten der Gewinneinkommen gingen zulasten der Lohn-einkommen, deren Anteil am Volkseinkommen rückläufig war (vgl. Mittelbach 2013, S. 380 ff.). Nach dem 3. Oktober 1990 erreichten nur ganz wenige Ostdeutsche das oberste Einkommens-perzentil, dessen Anteil am Volkseinkommen dadurch zunächst erheblich sank, während die untere Hälfte einen Zuwachs verzeichnete (vgl. Bartels 2018, S. 56). Somit bewirkte die sukzessive Annäherung des ostdeutschen Einkommens- und Ungleichheits-niveaus an das westdeutsche eine vorübergehende Reduktion der Ungleichheit zwischen beiden Landesteilen, die „Inter-Gruppen-Ungleichheit“ schwächte sich ab und das gesamtdeutsche Un-gleichheitsniveau sank, bis ab Mitte der 1990er-Jahre die Anglei-chung nachließ, sodass die Ungleichheit in Gesamtdeutschland wieder stieg (siehe Spannagel 2013, S. 174). Danach hat eine „gi-gantische Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkünfte“ stattge-funden, wie der Ökonom Heinz-J. Bontrup (2018, S. 127 und 129) errechnete: „Hätte nämlich die Lohnquote in allen Jahren bei ih-rem Höchstwert von 1993 [72,4 Prozent; *Ch.B.*] gelegen, so hätten die abhängig Beschäftigten von 1991 bis 2017 insgesamt 1.744,3 Mrd. EUR mehr an Einkommen verbuchen können. So haben re-aliter die Bezieher der Kapitaleinkünfte die gut 1,7 Bio. EUR erhal-ten.“ Denn die Lohnquote erreichte im Jahr 2007 mit 63,6 Prozent einen Tiefstand und erholte sich bis zum Jahr 2017 nur auf 68,5 Prozent. Obwohl die Anzahl der abhängig Beschäftigten im Jahr 2019 auf einen Rekordwert stieg, war die Lohnquote nicht höher als zur Jahrtausendwende.

Damals fand eine Ausdifferenzierung der Einkommens- und Vermögensverteilung statt, die auch im internationalen Vergleich extrem stark ausgeprägt ist. „In Deutschland sind Reichtum und Wohlstand nicht nur auf eine kleinere Bevölkerungsgruppe be-

grenzt als in anderen Ländern, sondern diese kleine Gruppe der Reichen hält auch einen deutlich größeren Anteil des Gesamtvermögens im Land.“ (Fratzscher 2016, S. 47) Dorothee Spannagel (2013) hat in ihrer Dissertation untersucht, ob die Anzahl der Reichen in Deutschland zugenommen oder ob sich der wachsende Reichtum bei den schon vorher Reichen zusammengeballt hat. Sie kam für den Zeitraum von 1985 und 2005 zu dem Ergebnis, dass es sowohl immer mehr Einkommensreiche wie auch mehr Reichtum für die betreffenden Personen bzw. Haushalte gab: „Für die sehr Reichen [...] gilt, dass ihr Anteil zugenommen hat, vor allem in den Jahren nach 2000.“ (ebd., S. 121)

Das private Vermögen konzentriert sich immer stärker bei wenigen (Unternehmer-)Familien

Moritz Schularick hat zusammen mit Thilo N. H. Albers (Humboldt-Universität zu Berlin) und Charlotte Bartels (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW) die Vermögensverteilung in Deutschland von 1895 bis 2018 untersucht. Am stärksten ausgeprägt war die Vermögensungleichheit demnach im Kaiserreich, wo das reichste Prozent der Bevölkerung auf knapp 50 Prozent des Gesamtvermögens kam, wohingegen dieser Anteil heute weniger als 25 Prozent betrage, wie die Autorin und ihre beiden Koautoren feststellen (vgl. Albers/Bartels/Schularick 2020, S. 1). Steuerstatistiken, auf die sich ihre historische Analyse stützt, dürften die Vermögensverhältnisse im 19. Jahrhundert genauer abbilden als heutige Steuerstatistiken die aktuellen. Reiche konnten der preußischen Finanzverwaltung im Jahr 1895 „heikle“ Informationen über größere Teile ihres (Kapital-)Vermögens nicht so leicht vorenthalten, wie dies im Zeitalter des elektronischen Zahlungsverkehrs mit Vermögensbestandteilen gelingt, die – durch einheimische Gesetze und das Bankgeheimnis begünstigt – etwa in überseeische Steuerparadiese bzw. auf Offshore-Finanzplätze transferiert wurden. Ob die von Albers, Bartels und Schularick vorgenommene Relativierung der aktuell in Deutschland bestehenden Vermögensungleichheit wirklich gerechtfertigt ist, lässt sich daher mit Fug und Recht bezweifeln.